

In ihrem Jahresbericht 2013 nennt die USCIRF die Unterdrückung der Religionsfreiheit in Tibet die schlimmste im letzten Jahrzehnt

Ein neuer Report verweist China unter die „die Länder, die auf der ganzen Welt am krassesten die Religionsfreiheit verletzen“ und kommt zu dem Schluß, daß die Lage der Religionsfreiheit in Tibet „jetzt schlimmer ist als jemals in den vergangenen zehn Jahren“.

In ihrem Jahresbericht 2013 konstatiert die US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit (USCIRF), daß die chinesische Regierung, besonders seit den Demonstrationen 2008, durch ihre Kontrolle der Lehre, der Stätten der Anbetung und der Auswahl der religiösen Häupter des tibetischen Buddhismus, sowie durch die Festnahme von Personen, die gegen die Regierungspolitik, aber für den Dalai Lama sind, „tiefe Verbitterung unter den Tibetern“ geschaffen hat.

Tibeter werden wie Vieh von der PAP abgeführt



Der Report kommt zu dem Schluß, daß die chinesische Regierung im vergangenen Jahr nicht nur ihre Kontrolle über den tibetischen Buddhismus verschärft hat, sondern auch seine zukünftige Entwicklung durch Einführung neuer Regeln eines neuen Verwaltungsapparats und die Gründung eines staatlich akkreditierten tibetischen theologischen Institutes zu bestimmen versucht. Dessen Ziel ist es, „den tibetischen Buddhismus so zu modifizieren, daß er der religiösen Infiltration der Dalai Clique Stand hält, und die groben Bräuche und

Gewohnheiten, die dem sozialen Fortschritt im Wege stehen, abzuschaffen.

Es heißt in dem Report weiter, daß sich 106 Tibeter seit Mai 2011 selbst verbrannten und dabei „Unabhängigkeit für Tibet und die Rückkehr des Dalai Lama“ forderten.

„Die chinesischen Behörden wollen nicht einsehen, daß ihre Politik der Repression mit ein Grund für die Selbstverbrennungen ist. Statt dessen bezeichnen sie diese als 'Terrorakte', die auf 'Anstiftung des Dalai Lama und mit seiner Unterstützung, verübt werden.

Der Jahresbericht 2013 bemerkt ferner, daß die chinesische Regierung im Februar 2012 in allen Klöstern der TAR neue Verwaltungsräte einführte unter der Leitung von Parteikadern und staatlichen Beamten, mit dem Zweck, die Mönche und Nonnen dazu zu bringen, daß sie „die Regeln einhalten, die chinesischen Gesetze respektieren und Harmonie schaffen“.

In dem Bericht wird empfohlen, daß China „all diejenigen freiläßt, die wegen ihres religiösen Glaubens, ihrer religiösen Tätigkeiten oder ihres Eintretens für Religionsfreiheit im Gefängnis sind, festgehalten werden oder einfach verschwanden“, und alle Empfehlungen der Vereinten Nationen zu Tibet und Xinjiang in die Tat umsetzt.

Weiter wird China dringend aufgefordert, Besuche von UN-Sonderberichterstattern zuzulassen und auch internationalen Beobachtern, darunter dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes sofortigen Zugang zu allen Einrichtungen zu gewähren.

Der Bericht der USCIRF empfiehlt den Vereinigten Staaten, „auf allen Ebenen der Beziehungen der USA zu China die Fragen der Religionsfreiheit zur Sprache zu bringen“. Weiterhin erneuerte die Kommission ihre Forderung nach einer Präsenz der US-Regierung in Form von Konsulaten in Lhasa, Tibet, und Urumqi, Xinjiang, um die Religionsfreiheit und andere Menschenrechtsbedingungen im Auge zu behalten.

Der Bericht empfiehlt ferner, daß die USA „offen anbieten, Treffen zwischen chinesischen Funktionären und den Gesandten des Dalai Lama in die Wege zu leiten“, und für den „kontinuierlichen Fluß von ausreichenden Geldmitteln sorgen, um eine angemessene Ausstrahlung von Nachrichten auf Tibetisch und Uighurisch durch die Sender Voice of America und Radio Free Asia“ zu gewährleisten.

Die *US-Commission on International Religious Freedom* ist ein unabhängiges föderales beratendes Organ, das durch den *International Religious Freedom Act* (IRFA) ins Leben gerufen wurde, um Verstöße gegen die Religionsfreiheit aufzuspüren.